

watson

Die Kalkbreite ist ein Prestige-Objekt der Zürcher Genossenschaften bild: [twitter](#)

«ZAHLEN UND FAKTEN STATT POLEMIK»

Genossenschaftler wehren sich gegen Angriff der Hauseigentümer

simon jacoby

Der Abstimmungskampf um preisgünstigen Wohnraum im Kanton Zürich ist richtig lanciert: Nachdem [der Hauseigentümerverband \(HEV\)](#) die [Genossenschaften frontal angegriffen hatte](#), reagierten diese am Donnerstag. «Wir schliessen uns nicht der Schlammschlacht an, wir wollen Korrigieren: Zahlen und Fakten, statt Polemik», erklärte Daniel Maerki, Geschäftsführer

der Zürcher Wohnbaugenossenschaften an einer Medienkonferenz.

Eine [Studie](#) sowie interne Erhebungen der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ) sollen zeigen, dass der Vorwurf des HEV, Genossenschaften würden günstige Wohnungen an Leute vermieten, die auf diese gar nicht angewiesen seien, und so den Markt verzerren, unhaltbar ist.

Reiche in Genossenschaften?

Die Hauseigentümer kritisieren, die Genossenschaften würden die Wohnungsnot verschärfen. Auch stören sie sich daran, dass Genossenschaften mit öffentlichen Geldern unterstützt werden, private Immobilienbesitzer hingegen nicht. Eine Annahme der kantonalen Vorlage «Für mehr bezahlbaren Wohnraum» am 28. September in Zürich dürfte diese Situation noch verschärfen.

Ihre Statuten sorgten dafür, dass «jene Menschen da wohnen, die reinpassen», versicherte Mark Jaeggi von der Baugenossenschaft Limmattal vor den [Medien](#). Zudem würden die Bewohner systematisch überprüft, um Missbrauch zu verhindern.

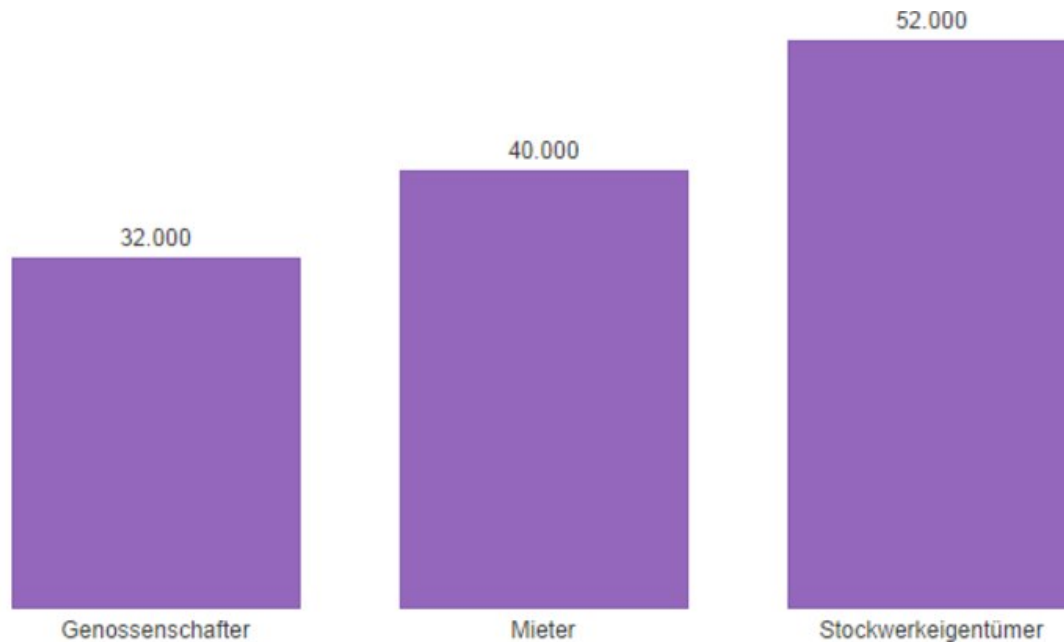
Auch für Peter Schmid, Präsident der Zürcher Genossenschaften, ist es klar, dass die Genossenschaften nicht für die Wohnungsnot verantwortlich sind: «Dem Markt wird durch die Genossenschaften keine einzige Wohnung entzogen. Im Gegenteil, durch das verdichtete Wohnen finden mehr Menschen ein Zuhause. Wenn weniger Personen eine Wohnung suchen, sinkt die Nachfrage und das drückt auf die Mieten.»

Kein öffentlicher Auftrag

Es stimme nicht, wie die Genossenschafter mehrfach betonen, dass die Genossenschaften einen öffentlichen Auftrag haben und pauschal subventioniert werden. «Im Prinzip sind Genossenschaften nichts anderes als Selbsthilfeorganisationen, also privatrechtlich organisiert.»

Dennoch verdienen die Bewohner von Wohnbaugenossenschaften laut einer Winterthurer [Studie](#) im Durchschnitt weniger als andere Mieter: Im Schnitt haben sie 20 Prozent weniger Einkommen als «normale» Mieter und sogar 40 Prozent weniger als Stockwerkeigentümer.

Genossenschafter verdienen weniger



Created with [Datawrapper](#)

[Get the data](#)

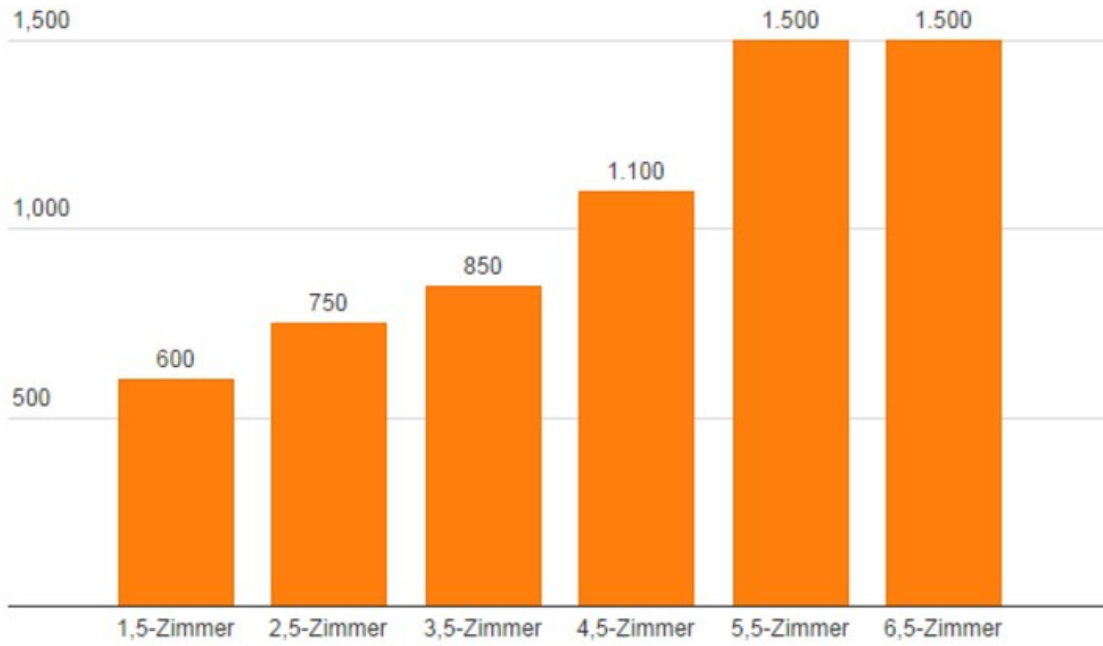
Durchschnittliches Einkommen in Winterthur. *quelle: stadt winterthur*

Dies spiegelt sich auch im Mietermix: Wie die Winterthurer [Studie](#) zeigt, wohnen in den Genossenschaften überproportional viele Familien mit Kindern, Alleinerziehende und alte Menschen.

Einkommen und Miete korrelieren

Die geringen durchschnittlichen Einkommen korrelieren mit den Mieten in genossenschaftlichen Wohnungen: Am Beispiel der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich soll gezeigt werden, dass nicht nur die Wohnfläche und die Einkommen tief sind, sondern auch die Mieten. Hans Rupp von der ABZ: «Der durchschnittliche Mietzins einer ABZ-Wohnung liegt bei 10'986 [Franken](#) pro Jahr, das entspricht einem Drittel des steuerbaren Einkommens der Mieter.»

Genossenschafter zahlen weniger Miete



Created with [Datavrapper](#)

[Get the data](#)

Mieten in der ABZ. *quelle: abz*